Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag. — **Bezugspreis:** Vierteljährig Mk. 3.—, Halbjährig Mk. 6.—, Ganzj. Mk. 12.—. Einzelnummer 25 Pf. — **Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung d. „Jüdischen Echo“:** München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 60 Pf. — Bei Wiederhol. Rabatt. — **Anzeigenannahme:** Verlag des „Jüd. Echo“. München, Herzog Maxstr. 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Ausgabe A | **Nr. 17 / 23. April 1920** | **7. Jahrgang**

1920 Wochenkalender 5680

	April	Ijar	Bemerkung
Sonntag	25	7	
Montag	26	8	תענית שני
Dienstag	27	9	
Mittwoch	28	10	
Donnerstag	29	11	תענית חמישי
Freitag	30	12	
Samstag	Mai 1	13	

Das Jüdische Echo

Nummer 17 | 23. April 1920 | 7. Jahrgang

Jüdische Volksschulen in Großstädten

Von S. Dingfelder, München.

(Schluß.)

Kurz möchte ich, ehe ich auf spezielle Fragen eingehe, noch

III. den politischen Gesichtspunkt beleuchten.

Vielfach wird von den Gegnern jüdischer Volksschulen der Einwand erhoben, jüdische Schulen bringen uns in einen Gegensatz zu den christlichen Mitbürgern, ja sie seien ein freiwilliges Aufgeben der Gleichberechtigung. Wie es mit dieser Gleichberechtigung steht, habe ich schon im ersten Teil gezeigt. Nun aber weiß ich aus eigener Erfahrung, aus dem Munde von Gemeindevorstehern und Rabbinern: Nirgends ist der Gedanke der Gleichberechtigung tiefer in alle Schichten der Bevölkerung eingedrungen und hat sich in friedliches Zusammenwirken umgesetzt, nirgends stehen die israelitischen Lehrer mit den christlichen Amtsgenossen in engerem Verkehr und haben vielfach Vorstandsstellen in den Bezirkslehrervereinen, als dort, wo jüdische Konfessionsschulen Schule und Lehrer als gleichgewertete neben die andersgläubigen stellen. Wieder eine Reminiscenz: Als in den 90er Jahren Meisterprüfungskurse gegründet wurden, berief die Handwerkskammer von Mittelfranken, eine aus konservativen Handwerksmeistern zusammengesetzte Behörde, einen jüdischen Volksschullehrer zum Leiter dieser Kurse. Das wäre undenkbar an einem Orte mit Religionsschulen.

Dann zur häßlichsten Seite des politischen Kampfes! Heute tobt der Haß und die Judenfeindschaft nicht bloß auf der Gasse, in den politischen Zeitungen und den Versammlungen. Das Gift dringt in die Schulen. Wer hat nicht schon aus dem Munde seiner eigenen Kinder die Klage gehört über Anfeindung und Beschimpfung durch Stichelrede und Schmähwort. Ohnmächtig stehen unsere Kinder dem gegenüber, wenn auch wohlwollende Schulleiter den schlimmsten Auswüchsen wehren wollen, die Disziplinlosigkeit, das schlimme Beispiel von Eltern und Lehrern, die besonders an den Mittelschulen alldeutsch und antisemitisch gerichtet sind, hemmen den guten Willen. Auch in Kreisen jüngerer Volksschullehrer, die im Kriege zu Offizieren befördert wurden, denen der Rassenfanatiker Chamberlain das Evangelium des allein seligmachenden arischen Blutes gelehrt, ist heute der Antisemitismus ein Allheilmittel. Die Kinder haben ein feines Ohr für die groben und feinen Angriffe auf die „Fremdvölker“. Wollen wir nicht wenigstens unseren Jüngsten diese Stiche ersparen? Ich denke da an ein Wort einer christlichen Dichterin, Frau Hartel-Mitius, mit dem sie sinnig ein Wohltätigkeitsfest für die Pogromopfer in Rußland einleitete:

> Denn wahrlich, wie die Alten sungen,
> So zwitschern bald auch ihre Jungen.
> Und wie die Axt das Bäumchen trifft,
> So tötlich fällt der Worte Gift
> In eine zarte Kinderseele,
> Die bisher ohne Schuld und Fehle.
> Da wundert man sich, wenn ein Kind
> Anstatt zu lachen, träumt und sinnt.
> Die Wunde, die ein Wort geschlagen,
> Vernarbt oft nicht in spätsten Tagen.

Dagegen müssen wir unsere Kinder schützen, so lang sie wehrlos sind, aber auch ausrüsten zu dem heißen Lebenskampfe, der keinem Juden erspart bleibt. Wo könnten wir dies Ziel der Erziehung besser erreichen als in der jüdischen Volksschule?

Der politische Standpunkt verlangt, daß ich pro domo sprechend, darauf hinweise, daß nur in der jüdischen Volksschule jüdische Lehrer gleichberechtigt mit den christlichen wirken können. Die Unmöglichkeit, sein Können voll zu betätigen, ist ein Hauptgrund zu der allgemeinen Berufsflucht, die die Reihen der Lehrer lichtet. In der Volksschule ist der jüdische Lehrer Staatsbeamter und genießt den gleichen Gehalt, die gleiche soziale Stellung wie sein christlicher Amtsbruder; in der Religionsschule muß er erbitten und erbetteln, was ihm von Rechtswegen zusteht. In einem eindringlichen Mahnruf weist Steinhardt nach, welche Gründe die Flucht aus dem Lehrerberufe bedingen: „Nicht die wirtschaftliche Lage allein ist es, die aus dem Amte treibt; ihre ganze Stellung ist unhaltbar und für rückgratfeste Naturen unerträglich. Ein neuer Geist geht durch die deutschen Lande. Überall ist man bestrebt, zu demokratisieren, dem Tüchtigen freie Bahn zu schaffen, mittelalterliche Vorurteile zu beseitigen, ein gleiches Recht für alle zu schaffen.“ Dies gleiche Recht bietet uns die jüdische Volksschule. „Aus diesem Rechte ergibt sich die Pflicht, es auch auszuüben und nicht einseitigen politischen Theorien zuliebe, die auf ganz anderen Gebieten ausgefochten werden können, auf diese Gleichberechtigung zu verzichten und Zustände im Schulwesen zu dulden, die in unseren Kindern schon im zarten Alter das Gefühl der Zurücksetzung und Vereinsamung aufkommen lassen müssen, die ferner dem jüdischen Lehrer seines Glaubens wegen eine Stellung zuweisen, die eine direkte Herabwürdigung des Judentums bedeutet.“ (Adler.) Wir haben die Hoffnung auf die Simultanschulen oder auf die Fata morgana der bekenntnislosen Schule aufgegeben — und wenn auch an dieser der Jude als Lehrer angestellt werden kann; ich mißtraue der Verwaltung und Ausführung solcher Gesetze: Der Jude konnte Gymnasiallehrer, Bezirksamtmann, Regierungsrat, sogar akt. Leutnant werden, aber er wurde es nicht; so wird er vielleicht einmal Lehrer an einer bekenntnislosen Schule werden können, aber er wird es nicht werden; es gibt Imponderabilien: Wille der Eltern, Einheitlichkeit des Lehrkörpers, die wirksam gegen ihn gedeutet werden können. Gleichberechtigung für Erziehungsberechtigten, Zögling und Erzieher ist nur in der jüdischen Volksschule zu erwarten.

III.

Treffen die Voraussetzungen zur Gründung lebensfähiger Volksschulen in Großstädten zu? Ich werde wieder auf München in einigen Punkten als Beispiel hinweisen müssen.

Die erste Frage haben jüdische Eltern zu beantworten, ob sie ihre Kinder christlichen oder jüdischen Schulen anvertrauen wollen. Die Antwort wird sehr verschieden ausfallen, und ich bin fest überzeugt, daß ein großer Teil der Erziehungsberechtigten sich für die christliche Schule entscheidet; ein anderer Teil aber wird ebenso entschieden für jüdische Schulen stimmen. In München haben die Eltern von Ohel Jakob (orthodoxe Gemeinde) über die Frage abgestimmt, und einstimmig wurde dort das Votum für die jüdische Schule abgegeben. Religiöse Gründe mögen hier den Ausschlag gegeben haben. Aber auch erzieherische und soziale Gründe sprechen für den Plan. Wir haben in unserer Gemeinde eine große Zahl von Familien, die aus dem Osten eingewandert sind. Man mag sich zu diesem Teil der Gemeinde stellen wie man will — er bildet einen Faktor in der Gemeinde und wird, geleitet von zielbewußten Führern, seinen Teil an den Einrichtungen verlangen, nicht nur als Objekt, sondern in nicht zu ferner Zeit als Subjekt. Heute schon ist der Prozentsatz jüdischer Kinder, deren Eltern aus dem Osten stammen, ein sehr starker. In der Schule an der Klenzestraße, in welcher ich seit 15 Jahren fast den gesamten Religionsunterricht erteile, ist das Verhältnis der ostjüdischen zu den deutschjüdischen Kindern überwiegend. Ich habe Gelegenheit gehabt, die Kinder kennen zu lernen, und ihren Eltern ratend und helfend beizustehen. Bedauerlich ist es, daß durch unbegründete Trennungsbestrebungen gegen den Willen der Eltern ein Keil in dies Vertrauensverhältnis, das beide Teile befriedigte und das den Kindern nützte, getrieben wird. Ich muß betonen, daß die drei Inspektoren, bei denen ich als Mittler und Vertrauensmann wirkte, stets Wohlwollen und Gerechtigkeit den Kindern entgegenbrachten. Gerade in den Kreisen dieser Eltern besteht der Wunsch nach religiöser Betätigung ihrer Kinder, sodaß gerade in diesen Kreisen das Verlangen nach jüdischen Schulen besonders lebhaft ist. Unsere Gemeinde hat sich stets zur Pflicht gemacht, der Not der Ostjuden zu steuern und die Mittel unserer Institutionen: Kinderbekleidung, Ferienkolonie, Speiseanstalt, Milchverteilung, Kindergarten, Schülerhort, Waisenstiftung kommen wohl in der Hauptsache ihren Kindern zugute. Die materielle Hilfeleistung ist wohl über den Höhepunkt hinweg, da wir allenthalben einen materiellen Aufstieg dieser Kreise beobachten. Wer weiß, daß diese Familien aus schwerster Not, aus tiefem Elend kommend, bei uns Zuflucht suchten, darf von ihnen, deren Heimat oft in Halb-Asien liegt, nicht deutsche Lebensart, nicht unser verfeinertes Gefühl für Takt und Sitte erwarten. Die ältere Generation dazu zu erziehen, ist unmöglich — aber die Jugend können und müssen wir so erziehen, daß sie in unsere Anschauungen über das, was Sitte im Verkehr mit den Mitbürgern erfordert, sich hineinlebt. Die ostjüdischen Kinder werden in wenigen Jahrzehnten einen wesentlichen Teil unserer Gemeindemitglieder bilden. Wir haben alle die Pflicht, sie zu fördern — das kann nur in einer jüdischen Volksschule geschehen.

Also soll es eine „Armenschule" werden! Wenn die deutsch-jüdischen Eltern ihre Kinder ihr nicht anvertrauen schon — aber das ist kein abschreckender Gedanke für uns Juden. Hat doch vor mehr denn 2000 Jahren ein Rabbi gemahnt: „Achtet auf die Kinder der Armen; denn von ihnen geht die Thora aus!" Übertrage ich den Gedanken auf unsere Gemeinde: „Fördert die Kinder Euerer fremdländischen Brüder, sie bilden die Zukunft unseres Judentums!"

Hier in der Gegend der Klenzeschule müßte die erste jüdische Volksschule entstehen mit 30—40 Kindern, Knaben und Mädchen in den Klassen vereinigt. Von der 5. Klasse an werden wohl die begabten Knaben in die Mittelschulen übertreten für die Mädchen aber könnte fakultativer Unterricht in der französischen Sprache erteilt werden, sodaß etwa von der 6. Klasse an der Lehrplan sich dem einer Mädchenmittelschule anpassen könnte. Auf die weitere Organisation und die Finanzierung der Schule will ich hier nicht näher eingehen.

Ähnlich dürften auch in anderen Großstädten die Verhältnisse liegen. In Nürnberg besuchten die volksschulpflichtigen jüdischen Kinder die Vorklassen von Mittelschulen und privaten Volksschulen. Sollten diese Privatschulen durch das Reichsgesetz aufgehoben werden, so müßten die Kinder entweder christliche Volksschulen besuchen oder zu gründende jüdische Schulen. Die städtische Schulkommission in Nürnberg hat sich, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, bereit erklärt, die nötigen Schulräume zur Verfügung zu stellen und die anzustellenden Lehrer den städtischen Volksschullehrern gleich zu stellen. Nebenbei sei bemerkt, daß auch in München Privatvolksschulen bestehen, die fast ausschließlich von jüdischen Kindern besucht sind, so haben wir in München jüdische Konfessionsschulen — ohne jüdische Lehrer.

Noch auf eine Aufgabe, die die jüdische Volksschule vorbereiten müßte, ist hinzuweisen. Wir haben die verschiedensten Versuche gemacht, die schulentlassene Jugend anderen Berufszweigen zuzuführen als dem Handels- und Kaufmannsberufe. Stipendien für Handwerkslehrlinge, Handfertigkeitskurse, Berufsberatung waren die Mittel, die zu einer Umschichtung des jüdischen Nachwuchses in produktive Berufe Anregung und Aufmunterung geben sollten. Viel Mühe wurde auf diese Arbeiten verwendet, der Erfolg war ein sehr bescheidener. Eine solche Umschichtung, die nicht nur im Interesse der seelischen und körperlichen Entwicklung und Gesundung der Judenheit liegt, sondern eine Vorbedingung eines erträglicheren Verhältnisses zu der nichtjüdischen Bevölkerung werden kann, muß schon in der Schule vorbereitet werden, in der die Kinder gefühls- und willensmäßig, wie auch durch Aufnahme des Werkunterrichts für technische und handwerksmäßige Berufe interessiert werden sollen.

Von wem sollen aber die jüdischen Volksschulen begründet werden? Sie sollen vom Vertrauen der ganzen Gemeinde getragen sein.

Die Schule soll „jüdisch" sein, der Lehrplan aufgebaut auf den religiösen, geschichtlichen, sittlichen Gedanken des Judentums, die Jugend erziehend zu treuen Juden und sittlich guten Menschen. Die jüdische Schule soll die Kinder schützen vor dem Hohn und Spott, der auf der Gasse und in der „christlichen" Schule sie bedroht, aber doch stark machen für den Lebenskampf. Sie soll eine „Volksschule" werden, der jeder Vater und jede Mutter ihr Kind anvertrauen mag, so sie es in einem jüdischen Umkreis und für den jüdischen Pflichtenkreis erzogen haben wollen. Fern muß der Schule aller Kampf der Parteien bleiben, der von jeher

unserer jüdischen Sache Schaden bereitete. Als Lehrer können nur tüchtige Männer an ihr wirken, gleich ob sie auf liberalem, orthodoxem oder zionistischem Standpunkte stehen — in der Schule gibt es für sie nur einen Standpunkt, den „jüdischen", und das ist der rein menschliche. Die Schule ist kein Kampfplatz für Parteien. Der Lehrer muß wohl Wegweiser und Führer sein, wer aber als Parteimann vor seine Schüler tritt, hat den Beruf als Lehrer verfehlt. „Die Schule als Kampfmittel benutzen, heißt den Frieden aus der Welt verbannen. Wenn nicht bloß die Erwachsenen an dem Kampf der Gegensätze teilnehmen . . . . sondern auch die Kinder zu Parteisoldaten dressiert werden sollen, dann wird der Krieg der Erwachsenen untereinander in Permanenz erklärt und auch die friedliche Welt der Kindheit wird des natürlichen Vorrechtes beraubt, vom Streit und Hader der Gesellschaft unbehelligt zu bleiben. (Lazarus, Pädagogische Briefe, S. 28.) Dazu brauchen wir öffentliche jüdische Volksschulen, zugänglich den Kindern aller Kreise, getragen von dem Vertrauen der ganzen jüdischen Gemeinde. Von ihnen möge auch das Wort gelten, das wir so oft im jüdischen Lager vergessen, wenn wir an die Schöpfungen herantreten, die der ganzen Gemeinde dienen sollten. Dies Wort, das einst am flammenden Dornbusch ertönte, als Moses das Erziehungswerk an seinem Volke beginnen sollte: „Ziehe deine Schuhe von den Füßen; denn der Ort, auf dem du stehest, ist heiliger Boden!"

Dieses Wort vom Horeb möchte ich auch den kommenden Schulen als Geleitwort geben. Möge ihre Gründung und möge die jüdische Volksschule selbst nicht ein Kampfobjekt der Parteien sein und werden, sondern der heilige Boden, auf dem wir uns alle in der Sorge um unser Heiligstes und Bestes, um unsere Kinder einigen!

Die Ausweisungen der „Ausländer"

Den „Ausländern", die das Gespenst der kommenden Ausweisung schon lange drohend ängstigte, ist nun Gewißheit geworden. Ohne irgend welche erkennbaren Richtlinien erfolgen täglich Ausweisungen von Ausländern jeder Nationalität. Eine offene antisemitische Tendenz konnte bisher noch nicht festgestellt werden, doch wer wollte zweifeln, daß man die „polnischen und galizischen Staatsangehörigen" mit besonderer Liebe bedenkt. Es ist ja doch mehr als ein offenes Geheimnis und man kann es zu jeder Stunde auf den Plakaten jener Parteien lesen, die dem Ministerium Kahr gewiß nicht fernstehen, daß mit den überflüssigen Ausländern, mit den polnischen und galizischen „Bolschewisten und Schiebern" nur die „Fremdrassigen, die den Volkskörper vergiften", nur die Juden gemeint sind. Und die „breiten Volkskreise, deren Empfindung diese Maßnahme entspricht", sind verführt und aufgeputscht genug, unter Ausländerausweisung sich tatsächlich nichts anderes vorzustellen, als eine ganz simple Judenhatz. Inwieweit dadurch Bayern Sympathien im Auslande erwirbt, mögen sich die Väter dieser Verordnung selbst überlegen, besonders aber möchten wir diese Tätigkeit ihren Exekutoren empfehlen. Man kommt nicht gerade in den Ruf von Kulturwächtern und von dem Geist einer humanen Sittlichkeit erfüllter Menschen — den Ruhm der Klugheit mag ja mancher nicht grundlos verachten — wenn man Witwen ausweist, die von ihrer eigenen Hände Arbeit kärglich leben und noch sieben Kinder obendrein zu ernähren haben oder andere Unglückliche, die von ihrer Entbindung nur noch um Wochen entfernt sind; wenn man Familien auffordert, sich in ihren Heimatsstaat zu begeben, aus dem sie flüchten mußten, weil die „große Zeit" ihre Häuser, ihren Besitz in Grund und Boden fetzte. Nehmen wir einmal an, irgend ein neutraler Staat wiese jetzt plötzlich während des Krieges dort hingeflüchtete Elsässer aus. Nun, es gehört wenig Phantasie dazu, sich die an sich gewiß berechtigten Wutausbrüche gerade der Presse vorzustellen, die jetzt mit sattem Behagen die Ausweisung der armen Juden als Genugtuung empfindet.

Völlig rätselhaft erscheinen die Fristen, die man den Opfern stellt. Vierzehn Tage längstens, in einem der jüngsten Fälle sogar nur zwei. Wir wollen zur Ehre der Beamten annehmen, daß sie diese Zahlen hinschreiben, ohne sich über ihre Realität irgend welchen Betrachungen zu überlassen. Also in ca. 14 Tagen soll ein Familienvater sein Geschäft liquidieren, seine bisherigen Beziehungen regeln, sich einen neuen Wohnsitz und dort Erwerbsmöglichkeiten suchen, sonst geht's ohne Federlesen — so wird verheißen — nach Ingolstadt zur Internierung, und wie es in solchen Internierten-Lagern aussieht, das mag der Abdruck des Hardenschen Artikels lehren. Im Kriege deportierte man die Juden aus Polen zwangsweise nach Deutschland zur Arbeit. Führwahr, die neue Zeit bemüht sich offenbar der alten würdig zu sein.

Die in erfreulicher Einmütigkeit von den Juden aller Richtungen in München geschaffene „**Fürsorgestelle der jüdischen Organisationen**" bemüht sich, in den einzelnen Fällen Aufhebung oder wenigstens Aufschub zu erlangen. Irgend eine Antwort ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Geist der Klugheit und der Menschlichkeit doch noch über Verantwortliche und Ausführende kommen wird.

Wir bringen nachstehend einige der krassesten Fälle, die für sich selbst sprechen.

1. A. N., beim Schwiegervater, Rohproduktenhändler, keine besondere Wohnung, seit 20. 2. 18 in München, **vom Felde gekommen** zu Mutter und Bruder, weil Heim zerstört. Inhaltlich Entscheidung Bayerisches Gruppen-Kommando vom 19. 8. 1919: „liegt gegen A. nichts Nachteiliges vor, hat als Österreicher 4½ Jahre im Feld gestanden. Mit Rücksicht hierauf liegt ein besonderer Fall vor." Verheiratet. Frau unmittelbar vor Niederkunft.

2. B. J., seit 1902 ununterbrochen in Deutschland (1902—17 in Leipzig, seit 17 in München), Pelzwarenhandel, Frau krank, nicht reisefähig, 5 Kinder. Frist Ende April.

3. G. S., Ingenieur, geb. in Odessa, zuständig nach Wien, Hauptmann der Res., 4½ Jahre im Felde, hohe Auszeichnungen. Verheiratet mit E., geb. K., die seit 9 Jahren in München, deren Vater gleichfalls nach Wien zuständig ist.

4. N. L., Tabakwarengroßhandel, wohnt seit 1903 in München, mit Ausnahme der Zivilinternierung (Aug. 14 bis Sept. 15) in München 3 Jahre Schule besucht. Frau und ein Kind. Frau **unmittelbar vor der Niederkunft**.

5. S. M., Schneider, 49 Jahre alt, Frau und 7 Kinder. Seit Oktober 1914 in München, vor den Russen geflüchtet, Heim zerstört, Rückkehr unmöglich. 14 Tage Frist, in der für die neunköpfige Familie weder die dringendsten Angelegenheiten zu erledigen sind, noch ein neuer Wohnort zu finden ist.

6. W. D., cand. med., deutsch-österreichischer Staatsbürger, österreichischer Leutnant d. Reserv., vom ersten bis zum letzten Kriegstage im Heere, über 3 Jahre im Feld, besitzt hohe Auszeichnungen. Hatte Aufenthaltsbewilligung zum Studium, die zurückgenommen wurde, weil W. nicht deutschstämmig. Verheiratete sich nach der Aufenthaltsbewilligung mit A. geb. Sch., diese seit 1901 in München. Wohnt bei Schwiegereltern. Verlor durch den Kriegsdienst 8 Semester, würde bei Durchführung der Ausweisung weitere verlieren. Besitzt schriftliche Immatrikulationszusage der Münchener Universität. 5 Tage Frist.

7. M. E., lebt seit ihrem 2. Lebensjahr in München, hier aufgewachsen und Schule besucht. Ging mit ihrem Mann aus Berufsgründen 2½ Jahre nach Gera-Reuß. Da in München und Augsburg ansässige Geschwister, kehrte sie nach dem Tode ihres Mannes nach München zurück. Unterhielt sich während des Krieges als Munitionsarbeiterin, lebt jetzt von Aufwarte- und Näharbeiten, sowie von der Unterstützung der Verwandten. Im Falle eines Verlassens Bayerns würde jede Verbindung und Niederlassungsmöglichkeit fehlen. Somit wäre Internierung wahrscheinlich. Die ganze Familie, die das Ausland gar nicht kennt, ist ihrer ganzen Art nach deutsch.

8. B. S., 18 Jahre alt, und B. S., ebenfalls 18 Jahre alt, minderjährige Kinder des seit 1909 ununterbrochen ansässigen L. B. sind mit 14tägiger Frist ausgewiesen. S. B. ist Lehrmädchen in einem Putzgeschäft, der Bruder ist fast taub und geistesschwach, beide leben vom Unterhalt des Vaters, sind ohne jede Erwerbsmöglichkeit und können anders, wie im Haushalt des Vaters, nicht existieren. Die Ausweisung wäre eine erzwungene Trennung der Kinder, die noch minderjährig, von ihrem Vater.

Die Ostjudenrazzia in Berlin

In Nr. 29 der „Zukunft" vom 17. 4. 1920 bringt Maximilian Harden eine ausführliche Darstellung der unter den Schlagworten: „Gegen Bolschewismus und Schiebertum" vorgenommenen Ostjudenverfolgung durch General v. Seeckt, aus der wir hier einen Auszug folgen lassen. Die Redaktion hat dem nichts hinzuzufügen.

Dem General v. Seeckt, den General Ludendorff „eine der durch Geistesschärfe und klare Gemessenheit am Stärksten hervortretenden Erscheinungen des Krieges" nennt, wurde in der vorletzten Märzwoche gemeldet, in Berlin seien ungefähr 40 bolschewistische Agitatoren, frisch aus dem Moskauer Faß, angelangt und in die Grenadierstraße untergekrochen. Den von der löblichen Reichsregierung in den Rang des Oberbefehlshabers gehobenen General hinderten „Geistesschärfe und klare Gemessenheit" nicht, der dem Kenner russischen Propagandabrauches und russodeutschen Verkehrszustandes unsinnig klingenden Meldung zu glauben. Diesem Glauben mag durch das langwierige Torengeschwätz von „Überschwemmung Deutschlands mit Hunderttausenden ostjüdischer Bolschewisten und Schieber" der Boden bereitet worden sein. Während des Krieges, insbesondere nach der russischen Revolution und der deutschen Niederlage, hatten fast alle von Ost her verschleppten Juden Deutschland verlassen. Seit einem Jahr erst hat die Rückflut und neue Einwanderung begonnen; und nach amtlicher Auskunft sind im Ganzen höchstens siebenzigtausend Ostjuden jetzt auf deutscher Erde. Daß in dem Schwarm Bolschewisten sind, ist höchst unwahrscheinlich. Die konnten ruhig in Rußland bleiben, wo besonders die heute schon mögliche Ansiedlung im reichen Sibirien lockt. Die Propagatoren leninischen Wollens treten nicht in Rudeln auf und sehen ganz anders aus als das armselige Gekribbel, das in der Grenadierstraße und ähnlichen Winkeln des Berliner Zentrums Schlupflöcher suchte und fand. Schieber? Die wohnen westlicher, stattlicher. Das Schieberchen, das ein paar Pfund Butter, Zucker, Mehl, ein Dutzend Kragen, Schuhwerk oder andere Bekleidungsstücke anbietet und von dem errungenen Mehrwert sich sättigt, ist nicht gefärlich. Im jüdischen Osteuropa wird die Straße zum Bazar. Rufe, auch wohl Handgriffe, zerren den Kunden herbei; Alles schreit, feilscht, schwört, kreischt, fuchtelt; Alles ist schmutzig und häßlich. So ists in der Grenadierstraße. Kluge Menschen, die sie gründlich durchforscht haben, berichten, daß dort viele redliche, chassidisch reine, nur eben nicht lieblich zu schauende Ostjuden, Handwerker, Kleinhändler, Bastler, Höker, hausen, von denen Deutschlands „Ruhe und Ordnung" nicht das Allergeringste zu fürchten hat. Aber General Seeckt stand, extra dry, auf dem Glauben an die vierzig Bolschewiken und befahl, die ganze Ghettosippe nach Döberitz, unter die treue Hut bewährter Baltikum-Kämpfer, zu bringen. Der ohne Verständigung mit den Zivilbehörden ausgegebene Befehl vom 23. März widersprach dem Erlaß des Ministers Heine vom 1. November 1919 über die Behandlung der Flüchtlinge aus dem Osten. Die Gültigkeit des Befehles wurde, nicht nur deshalb, angezweifelt; und der Sozialdemokrat Richter im Präsidium der Berliner Polizei spöttelte, gar nicht schüchtern, über die Bolschewikenangst mancher Heerführer.

Am 27. März. An einem Sonnabend. Zufall oder Absicht? Der oder die an diesem Tag Verhaftete fiel also in das verdächtige Gewimmel der „ohne ausreichenden Paß festgenommenen Ostjuden". Der Seecktbefehl erlaubte, jeden ohne zulänglichen Ausweis gefundenen Fremdling zu verhaften. Schön und bequem; damit aber die „Judenpresse" nicht von Angst knurrig wurde, mußte man ihr auch ein Bündel waschechter, bolschewistisch duftender Christen vor den Kneifer halten. Ein paar echte Russen, Renommierbalten, darunter ein leibhaftiger Graf aus dem nordwestlichen Tiergarten: durfte da Einer noch von schnöder Antisemiterei reden? Um dieselbe Morgenstunde wurden die von Ostjuden bewohnten Straßen durch Wehrmannschaft abgesperrt und aus Wohnungen und Hausfluren die Menschen herausgeholt. „Wie von rohen Treibern das liebe Vieh": sagte mir Einer, ders sah. Wer aus der Synagoge kam oder mit jüdischer Fassade des Weges schritt, wurde mitgetrieben. Auch ein Rabbi aus der Grenadiergemeinde. „Keinen Ausweis?" Sonnabend. „Also mit." Mehr als tausend Menschen wurden „der Sammelstelle zugeführt". Die war der Hof der Alexanderkaserne in der Münzstraße. Da, zwischen „bimsenden", dann spielenden, nachmittags der Regimentskapelle lauschenden Söldnern, pferchte sichs. Die aus Versehen aufgegriffenen Reichsbürger, auch viele Fremdlinge, die zulänglichen Ausweis bei sich trugen, zusammen über 700, mußten nach langem, durch wüste Schimpfreden der Söldner gewürzten Warten entlassen werden. Die Anderen, 280 Juden und ungefähr 20 Christen, standen vom frühen Morgen bis in die Dämmerung auf dem Kasernenhof. Männer, Frauen, Kinder. Fast Alle ohne Speise und Trank; so, wie sie nüchtern aus dem Bett ge-

scheucht worden waren. Abends meldeten auch die Demokratenblätter (voran natürlich das „Berliner Tageblatt". d. Red.), der Tatkraft weiser Regierer sei gelungen, Berlin von Hunderten bolschewistischer Hetzer und ostjüdischer Schieber zu säubern. Die Opfer dieser Tatkraft werden auf Lastautos, je 60 auf eins, verstaut; von der Münzstraße, durch grimmig und höhnisch gaffende Haufen, vor den Anhalter Güterbahnhof gerollt; den dort ihrer harrenden Kämpen aus Baltenland übergeben; in einen Personenzug (nicht in Viehwagen: sind wir human?) eingeladen. Nach Wünsdorf bei Zossen. Behagliche Fahrt. In jedem Abteil 5 Gefangene und 5 Soldaten in voller Kriegsrüstung. Bunte Reihe. Die Helden legen ihre Handgranaten, je mindestens vier, auf die Bank, auf die Erde; stoßen mit dem Fuß oder Gewehrkolben linkwärts, rechtwärts: und nicht nur die verängstigten, totmüden, hungernden, durstenden Jüdchen zittern vor der Minute, wo „eine losgehen werde". Tröstlich aber schwirrt gute Rede auf. „Na, Ihr dreckige Saubande, haben wir Euch endlich? Verfluchtes Judenpack! Verraten und verkauft habt Ihr Deutschland. An allem seid Ihr schuld. Auch an der Schweinerei, die jetzt im Ruhrgebiet ist. Geht alles von Euch stinkigen Mauschels aus. Jetzt wollt Ihr uns die letzte Brotkrume wegfressen. Höchste Zeit, daß wir der Judenregierung die Sache aus der Hand nehmen." Viel rüdere Worte, gröbere Zoten hageln. Schüchternes Einwandgestammel wird verlacht oder niedergeheult. In so reiner, manchmal von Naturböllern durchzuckter, durchwürzter Atmosphäre fließt die Reise munter fort. Fromme beten; eine junge Studentin starrt, allen Geräuschen taub, vor sich hin; eine fast Sechzigjährige hockt, grünlich bleich, zwischen 2 Handgranaten in Gefangenschaft. Granaten mußten sein. Zupacken! Die Knochen entzweischlagen. „Alles aussteigen!" Langer Fußweg. Stacheldraht. Scheinwerfer. Das Lager.

Das Lager der Gefangenen wird von dem der Truppen umringt. Doppelter Drahtverhau; gespickt mit Maschinengewehren. Überall Waffengeklirr. „Stillgestanden!" Hauptmann Schmidt, Führer des Sturmbataillons, das seinen Namen trägt, begrüßt, sehr stattlich, fast majestätisch in Mantel und Pelzkragen, die Kömmlinge. „Leute, Ihr steht hier unter dem verschärften Belagerungzustand und habt Ordre zu parieren. Wer sich widersetzt, wird erschossen. Wer sich dem Stacheldraht nähert, wird erschossen. Wer einen Soldaten anspricht, wird erschossen. Wer nach 7 Uhr abends die Baracke verläßt, auch nur einen Schritt heraustut, wird erschossen." Er wiederholt es. „Habt Ihr verstanden?" Noch einmal: „Wird erschossen!" Zum zwölften Male. Zehnte Abendstunde. Fünfzehn Stunden zuvor wurden diese Menschen aus der Wohnung, dem Bett, Tempel, Laden geholt; standen bis 6 Uhr; Lastauto, Eisenbahn, Marsch; nicht einen Bissen, nicht einen Tropfen; Schreck, Angst, Todesandrohung; quälende Vorstellung der Strenggläubigen, am nahen Passahfeste der religiösen Vorschrift nicht genügen zu können. Totmüde wanken. Das Krampfgeschrei eines Herzkranken gellt durch die Nacht. „Übrigens kriegt Ihr zu essen; morgen auch Stroh usw." In die Baracken. Gewachsener Boden. Leere Bettgestelle. Kein Stuhl oder Schemel, keine Streu oder Decke. Draußen liegt, dicht vor der Tür, Holzwolle. Aber: „Wer auch nur einen Schritt heraustut, wird erschossen." Das Allermenschlichste selbst muß also in der neuen Wohnung „abgemacht" werden; vor dem Auge, der Nase des Mitgefangenen. Fast ein Glück, daß es stockdunkel ist. Wenn nicht gerade der Strahl des geschäftig die Runde absuchenden Scheinwerfers die Baracke trifft. In der glimmt nicht die elendeste Funzel. In die gelangt weder Speise noch Trank. „Morgen kriegt Ihr was." Fröstelnd, mit schwindligem Hirn, kauert Alt und Jung in der kalten Märznacht. Einem um den Herzkranken Besorgten hat ein Tressenträger geantwortet: „Lazarett? Gibts nicht. Wer hier krank wird, liegt, bis er verreckt." Unter den Aufgegriffenen sind viele Kranke aus Lungenheilstätten und „ambulanter Behandlung" in der Universitätsklinik; zarte Mädchen und schwächliche Frauen. Ist halbwüchsiges, schlecht genährtes Volk. Die Stunden schleichen. Der Zigarettenvorrat, den Nächstenliebe längst „sozialisiert" hat, geht zu Ende. Im ersten Morgengrauen wird es laut. Ein Feldwebel-Leutnant, der schwertrunken scheint, torkelt heran; hinter ihm 2 Mann. „Hier, Jude! Steh! Hab' ich Dir Saujuden nicht gesagt, Du sollest gehen?" Schwapp: eine Maulschelle, von der das Jüdchen, wie im Wind eine Binse, bebt. „Papiere her! Das sagt mir nischt!" Immer den geladenen Revolver bis an die Kopfhaut der Wehrlosen gestreckt. Im Halbdunkel; ein Trunkener. Schösse er: „Das koschere Schwein hat sich widersetzt." Kein Hahn würde danach krähen. Der Gewaltige reißt auch Witzchen „Bist kein Jude? Kennen wir! Heute: Nein, morgen: Ja; wies trefft. Echte Mauschelmischpoke." Jeder wird geduzt, mit dem Revolver geängstet; jeder muß, wie ein Hund vor dem bösen Herrn, auf barschen Anruf stehen und gehen. „Ich schieß Dich nieder, die ganze Aasbande..." Um Zehn, Sonntag, endlich: „Kaffee holen!" Im Gänsemarsch, an Plakaten mit rohester Judenbeschimpfung vorüber. Laue, graubraune Brühe. Einer stolpert und das edle Naß schwippt aus dem Blechgefäß. „Unseren feinen Kaffee gießt Ihr Luder weg? Wartet man: in vierzehn Tagen habt Ihr hohle Backen und seid selig, wenn Ihr was so Gutes kriegt." Vor dem Stacheldraht schaaren sich Verwandte und Freunde, die aus Berlin den Gefangenen Nährmittel, Decken, Ausweispapiere, Zigaretten bringen. Stehen bis Mittag, bis Abend wird: „Keine Katze darf 'rein. Strenger Befehl." Je fünf Gefangene erhalten ein Kilo Brot für den Tag. Morgens und abends gibts einen Kübel „Kaffee". Mittags sandige Graupenjauche; nach dem Urteil des Untersuchungs-Ausschusses „ekelhaftes Zeug". Nichts weiter. Doch nun werden immerhin Schemel, Stroh, Decken, Säcke verteilt. Nicht alle Soldaten sind unfreundlich. Der Lagerinspektor spricht wie zu Menschen ein Mensch. Aus Morgen und Abend ist ein Tag geworden. Der zweite in Babylon.

Am 30. März erlangt, nach vielen Mühen, das „Arbeiter-Fürsorge-Amt der jüdischen Organisationen Deutschlands", dem andere Judenvereine sich gesellt haben, die Erlaubnis, eine Kommission nach Wünsdorf zu senden; ein Offizier, ein Rabbi, ein Polizeirat fahren mit. Am 1. April fährt die erweiterte Kommission wieder hinaus. Innerhalb zweier Tage sieht das Wehrminsterium sich genötigt, 245 Gefangene zu entlassen; von 36 der Bolschewikenpropaganda Verdächtigen 29; noch in derselben Woche alle übrigen. Auf den von keiner Zivilstelle gebilligten Befehl des Generals Seeckt sind also vollkommen unschuldige Menschen verhaftet, verschleppt, beschimpft, mißhandelt, gemartert worden. „Nicht einen Raubmörder dürfte man so behandeln. Immer wieder wurden die Leute in Todesangst versetzt." Ein Spitzel des Sturmbataillons Schmidt schlief zwei

Nächte lang bei den Juden und hetzte sie auf, „die Bestechung der Wachtposten zu versuchen und so zu entkommen." (Auf der Flucht wären sie dann erschossen worden.) „Als diese Arbeit mißlungen war, bummelte der Spitzel, im Pelz, mit den Offizieren gemächlich durchs Lager. Manche Soldaten nützten den Heißhunger der „Schieber" aus; lieferten ein Brot für fünfzig; ein Täfelchen Schokolade für 40 Mark. Als ein Soldat mit 2000 Mark gesammelten Geldes verschwunden war und die Geschädigten sich mit Beschwerde an den Wachtoffizier wandten, wurden sie höhnisch abgewiesen. Wie Hohn klang auch die Forderung, „für Unterkunft und Verpflegung habe jeder zu Entlassende anderthalb Mark für jeden Tag an das Sturmbataillon zu zahlen." Das steht im Bericht des Ausschusses. Viele Gefangene hatten, wie schon erwähnt wurde, aus Amerika Reisegeld. Einer gab an, ihm seien 7000 Mark gestohlen worden. Ein anderer, daß auf ihn, als er abends „austreten" wollte, der Posten zielte. Ein Dritter, daß ein Unteroffizier ihm Minuten lang den geladenen Revolver an die Schläfe drückte. Alle bekunden, daß es Maulschellen, Püffe, Fußtritte regnete und sie fast nur die rüdesten Schimpfreden hörten. „Schieber, Bolschewisten, Verbrecher, plattfüßige Juden; Ihr seid nicht wert, hier zu sitzen; alle müßtet Ihr an die Wand gestellt werden; nicht einmal Betten bauen können die Mistviecher; wie einen Hund knall' ich Dich nieder; Schnauze halten, Saujude, oder Du bist hin." So war der Verkehrston. Von freundlicheren Soldaten wurde erzählt: „Ihr wurdet schon seit 14 Tagen hier erwartet."

Wer hätte noch vor 2 Jahren, trotz allen Greuelurkunden aus Ost und West, nicht den Künder solchen Vorganges ins Irrenhaus gewiesen? Aus Lille Jungfrauen verschleppt; in Dinant jeder zehnte Einwohner erschossen; das ganze Serbenvolk als vogelfrei geächtet, ein Drittel ausgereutet. Mag sein. Wenn Ares die schwarze Mähne schüttelt, wird im Hirn Finsternis. Nun ist, lange schon, Friede. Und gegen Wehrlose, in Deutschland Geborene oder Zugelassene kann Solches geschehen?

West-östlicher Divan

1. Hakenkreuzzug.

Die mittelalterlichen Kreuzzüge waren bekanntlich von blutigen Judenverfolgungen begleitet. Trotzdem ist es in jahrhundertelangen Anstrengungen weder gelungen, das heilige Grab dauernd aus den Händen der Ungläubigen zu befreien noch dem jüdischen Volke ein unheiliges Grab zu bereiten. Indessen die Völker scheinen gegen die Lehren der Geschichte unempfindlich zu sein. Die heutigen Landsleute des Peter von Amiens leben in dem Wahn, das deutsche Millionenvolk im Interesse ihrer Selbsterhaltung vernichten zu müssen und die Nachkommen der deutschen Kreuzfahrer wähnen, das einzige Mittel der Rettung aus dieser Gefahr bestehe darin, daß man eine halbe Million deutscher Juden austreibt oder totschlägt.

2. Die Welt ohne Juden.

Stellt Euch einmal vor, es hätte nie einen Juden gegeben: keinen Christus und keinen Shylok; keinen Spinoza und keinen Kapitän Dreifus; keinen Karl Marx und keinen Rothschild; keinen Disraeli und keinen Trotzki. Glaubt einer, die Welt wäre dann reicher an Liebe und ärmer an Rachsucht? Oder es gäbe mehr Wahrheitsstreben und weniger Streberei? Oder der Gegensatz von Kapital und Arbeit wäre nicht vorhanden? Oder England hätte nicht den sozialen Verständigungsfrieden, Rußland nicht die Militärdiktatur? — Ach nein! Die Welt ohne Juden wäre zwar in Vielem ärmer, aber sie wäre weder besser noch glücklicher als sie ist. Für Antisemiten insbesondere wäre sie trostlos. Sie wären rein gezwungen, sich selber zu hassen.

3. Wandlungen.

Als einst die Boxer eine mächtige Volksbewegung gegen die Überfremdung Chinas entfesselt hatten, erzwangen wir im Bunde mit anderen Mächten die Aufrechterhaltung der Politik der offenen Tür. Der deutsche Kaiser fuhr „mit gepanzerter Faust" dazwischen, und wir übersetzten einige Jahre lang „Deutschland über Alles" mit „Germans to the front".

Heute ringen wir mit den Boxern um die Palme der Rückständigkeit. Anstelle der „Hebung des Fremdenverkehrs", für die sie noch vor wenigen Jahren eine auch nicht immer geschmackvolle Reklame entfalten ließ, hat die bayerische Regierung den „schonungslosen Kampf gegen Überfremdung" auf ihr Panier geschrieben. Der ehemalige deutsche Kaiser aber sitzt in Holland und dankt Gott, daß dieses Land noch keine Regierung hat, die schonungslos die Fremden austreibt. —

Vereinigung zwischen dem Hapoel Hazair und der Zeire Zion

Die zionistisch-sozialistischen Parteien Hapoel Hazair und Zeire Zion beschlossen auf ihrer am 25. und 26. März in Prag veranstalteten Weltkonferenz die Vereinigung. Angenommen wurde eine Entschließung, die feststellt, daß die Vereinigung aller Teile der im Hapoel Hazair und in der Zeire Zion-Organisation organisierten Arbeitsbewegung zu einem allweltlichen Verband auf Grund gemeinsamer allgemeiner Prinzipien beschlossen wird. Die Einzelheiten des Programmes der neugeschaffenen Vereinigung hat eine Kommission auszuarbeiten und der nächsten Weltkonferenz vorzulegen. Diese Resolution wurde unter großer Begeisterung einstimmig angenommen.

Eine Krise in Palästina

Nach Schluß der Redaktion erhalten wir äußerst bedauerliche Nachrichten, die dem Londoner Zionistischen Bureau aus Palästina zugegangen sind.

Vom 4. bis 6. April ereigneten sich in Jerusalem Unruhen, bei denen Juden von Arabern überfallen wurden. Während die eingeborenen Polizeiorgane die Plünderer unterstützten, verhielten sich die britischen Behörden trotz vorheriger Warnung der Zionist-Commission passiv und gestatteten auch nicht den Schutz der Bevölkerung durch eine jüdische Selbstwehr. Die Zionist-Commission hat strenge Untersuchung des Vorfalles, sowie Bestrafung aller Beteiligten gefordert. Die Zionistische Exekutive ist offiziell bei der britischen Regierung vorstellig geworden; diese erklärte, daß seit dem 7. April Ruhe herrsche und eine Wiederholung der Vorfälle nicht zu befürchten sei. Weiteren Meldungen zufolge wurden in diesen Tagen 5 Juden und 4 Mohammedaner getötet. Über die Zahl der Verwundeten schwanken die Angaben. Über Jerusalem ist der Belagerungszustand verhängt. Zweifelhaft ist die Stellung des Emir Faisul. Nach einer unverbürgten „Times"-Nachricht soll sich die britische Regierung mit dem Gedanken tragen, das Verwaltungsmandat über Palästina dem Emir zu geben, wenn dieser sich bereit erklärt, die Rechte der Juden zu gewährleisten.

Belagerungszustand und Maschinengewehre sind gewiß ein höchst betrüblicher Anfang. Doch niemand von uns war sich seit der Anerkennung des Zionismus durch die Mächte darüber im Unklaren, daß die eigentliche praktische, und nicht nur kolonisatorische, sondern auch politische Arbeit erst jetzt beginnen werde. Im Rahmen der ungeheueren geistigen, politischen und wirtschaftlichen Umwälzung, in der die ganze Welt heute lebt, sind die Ereignisse in Palästina nicht mehr als ein Symptom der Zeit. Um Genaueres sagen zu können, müssen wir erst einmal ausführlichere Nachrichten abwarten. Erfahrungsgemäß erscheinen Unruhen aus der Entfernung bedeutsamer, als sie tatsächlich sind. Aber nehmen wir einmal an, unsere schlimmsten Befürchtungen würden noch übertroffen, so würde diese Tatsache jeden Zionisten erst recht vor die Aufgabe stellen, nunmehr mit allen seinen Kräften zur Verwirklichung unseres Zieles, in dem wir die einzige Lösung des gesamten Komplexes der Judenfrage erblicken, beizutragen. Wer seine Ideale und Ziele entsprechend den äußeren Geschehnissen regelt, ist ein Opportunist. Kein Zionist wird sich durch den auf jeden Fall äußerst betrüblichen Rückschlag in seinem Streben wankend machen lassen. Ein Blick auf die Geschichte anderer Völker zeigt, daß derartige Krisen von historischer Gesetzmäßigkeit sind. Das jüdische Volk wird beweisen, daß es die Tradition seiner Väter aufrecht erhält und sich durch kein äußeres Unglück von der Treue zu seinem Volke abbringen lassen wird.

Bilder aus den Jerusalemer Kindergärten

von Dina Clémence Mayer, Jerusalem.*)

Da ich nun um die Mittagszeit in den Gan (Kindergarten) komme, ist alles still. Die Kleinen schlafen auf ihren Strohmatten, nachdem sie ihr einfaches Mittagsmahl, einen Teller Suppe mit Brot, genossen haben. Um zwei Uhr klingelt es. Dann sitzen die Kinder wieder in ihren Klassenzimmern, die bunt und lustig anzusehen sind. Von Wand zu Wand ziehen sich selbstgemachte Papierketten, dazwischen flattern Schmetterlinge aus Papier. Mit unglaublichem Stolz sehen die Kleinen zu ihren selbstgefertigten Kunstwerken auf. An den Wänden hängt hie und da ein hübscher Kunstdruck, der über Länder und Meere den Weg hierher gefunden hat. Ganz einzig in seiner Art aber ist der Ausblick, den man von den Fenstern dieses Kindergartens hat. Da sieht man über das Gewirr der Kuppeldächer hinweg direkt auf den Tempelplatz mit der berühmten Omar-Moschee. Greifbar nahe sieht man die Fayancen und Mosaike dieses wunderbaren Bauwerks leuchten. Man sieht die uralten Cypressen, die als Wächter am Brunnen Salomons stehen. Dahinter erhebt sich der Ölberg; jeder Pfad, man möchte sagen jeder Stein ist deutlich zu erkennen in der wunderbar klaren Luft. Man kann sich kaum losreißen von dem Anblick.

Jetzt aber wollen wir uns in der Klasse umschauen. Es ist gerade „Sinnesübung“, Erkennung von Geräuschen aus verschiedener Entfernung, in Form eines Spieles. Daran schließen sich Tastübungen bei verbundenen Augen an. Eine andere Gruppe hat Freizeichnen, eine dritte reiht Perlenketten und die Kleinsten spielen mit den Puppenzimmern, die ihnen die Größeren angefertigt haben. — Um 4 Uhr ordnen sich die Kleinen zum Heimweg. Unter Gesang und lebhaftem Abschied verlassen sie den Gan, tauchen unter im Gewimmel des Bazars und bald sind alle die kleinen Gestalten verschluckt von den finsteren Löchern und Toren, die zu ihren „Wohnungen“ führen. —

II.

Der Kindergarten der sephardischen Talmud-Thora

Innerhalb der Stadtmauer, nahe beim Zionstor befindet sich die große Talmud-Thora der sephardischen (spaniolischen) Gemeinde. Es ist ein großes, altes, völlig unmodernes Gebäude, das wohl schon durch ein besseres ersetzt worden wäre, wenn — ja wenn die Mittel dazu vorhanden wären. Wer wissen will, was Armut bedeutet, der besuche diese Schule und den sich anschließenden Kindergarten. Hier sind die Kinder fast durchweg bettelarm, ja, manche von ihnen sind reguläre Bettelkinder, die man in allen Straßen der Stadt finden kann. Diese Ärmsten kommen in Lumpen zur Schule. Als ein Besucher des Kindergartens diesen trostlosen Zustand sah, stiftete er Schürzen für die armen Kleinen und seit dieser Zeit bietet der „Gan“ ein etwas besseres Bild. Sauber angezogen, gleichsam uniformiert, sitzen die Kinder nun auf ihren Bänkchen. Aber wieviel fehlt noch, um den Kindergarten in die Lage zu versetzen, seinen Zöglingen die notwendige körperliche Pflege und Fürsorge angedeihen zu lassen! Das wichtigste Erfordernis wäre eine Badeeinrichtung mit Douchen. Aber die innere Stadt ist besonders wasserarm und die Talmud-Thora hat in ihren Zisternen nicht einmal genügend Trinkwasser für

*) Anfang siehe Nr. 14 des „Jüd. Echo“.

die Schüler, geschweige denn Wasser für Bäder. Da jedoch in letzter Zeit Jerusalem mit Hydranten versehen wurde, die der Stadt frisches Quellwasser zuführen, so wäre es möglich, durch Zuleitung die Schule mit Wasser zu versehen, um die notwendigste hygienische Forderung der Bäder ausführen zu können. Doch bedarf dies ziemlich beträchtlicher Kosten, die der „Wad ha Chinuch“ bisher nicht bewilligen konnte. Es wäre daher außerordentlich verdienstvoll, wenn von privater Seite vielleicht aus den Kreisen der Orthodoxie, der die Talmud-Thoraschulen besonders nahe stehen, die Mittel dazu zur Verfügung gestellt würden. Es wäre dies eine Kulturleistung, die in ihrer unmittelbar praktischen Wirkung dem Urheber ebensoviel Freude und Genugtuung bereiten würde, wie sie für Schule und Kindergarten segensvoll und nutzbringend wäre. — Seiner orthodoxen Richtung entsprechend, nimmt dieser Kindergarten nur Knaben auf. Die Einführung von Kindergärtnerinnen stieß anfangs bei den Chachamim auf heftigen Widerstand; doch fügten sie sich zuletzt dem Geiste der Zeit, der nun in Gestalt moderner Pädagogie bis in den „Cheder“ vorgedrungen ist. In den Unterklassen des Gans dürfen die Kleinen nach Herzenslust spielen, sich tummeln, während in den Oberklassen Lesen und Schreiben, Chumasch, Brachot und Gebete gelehrt wird. Daß die Sprache hier wie in allen übrigen Ganim hebräisch ist, sei als selbstverständlich nur nebenbei erwähnt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der jüdischen Welt

Palästina.

Die arabischen Demonstrationen. Der jüdische Stadtrat von Jerusalem hat einen Brief an den Präsidenten des Jerusalemer Munizipalrates, der am 27. Februar an den arabischen Demonstrationen gegen die Zionisten teilgenommen hatte, gerichtet, in dem es u. a. heißt: Die Juden Palästinas, welcher Partei oder Gemeinde sie auch angehören, sind in der Forderung bezüglich der Gründung einer jüdischen Heimstätte in Palästina, die durch die britische Deklaration und die Zustimmung der alliierten Mächte bestätigt wurde, vollständig einig. Diese Einigkeit wurde von den verschiedenen jüdischen Deputationen, die letztes Jahr von der amerikanischen Kommission empfangen wurden, deutlich dokumentiert. Der Präsident des Munizipalrates hatte als Vertreter der Einwohner Jerusalems, deren Mehrheit aus Juden besteht, kein moralisches Recht, an einer Demonstration, die gegen die Mehrheit der Einwohner gerichtet war, teilzunehmen. Deshalb erklärt der jüdische Stadtrat, daß er vom 27. Februar 1920 an den Munizipalrat nicht mehr als Vertreter der Juden Jerusalems betrachte. Eine Kopie dieses Briefes wurde den englischen Behörden überreicht. Dr. Eder veröffentlicht in „Jerusalem News“ eine Zuschrift, in welcher er auf den im genannten Blatt erschienenen Bericht, daß die antizionistische Demonstration in Ordnung und ohne jegliche Beschädigung abgelaufen sei, erwidert. Er betont, daß er es als Tatsache bezeugen kann, daß mehrere Juden, darunter eine Frau, geschlagen worden sind, und daß die Tafel am Rotschildspital zerbrochen worden ist.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Bar Kochba München. An alle Aktiven! Das größte leichtathletische Ereignis, der 4. große Staffellauf Grünwald-München steht vor der Türe. Nur unter Teilnahme sämtlicher aktiver männlicher Turner und Sportler wird es möglich sein, uns auch in diesem Jahre daran zu beteiligen. Wir richten daher an Euch die dringendste Aufforderung, Euch alle zu melden und regelmäßig das Training zu besuchen! Das Training für diesen großen Staffellauf findet regelmäßig Mittwoch und Samstag ab 6 Uhr auf dem Sportplatz an der Grünwalderstraße (Linie 25, gegenüber dem Krüppelheim) statt. Die Sportleitung.

Bar Kochba München, Sportabteilung. Ab Montag, den 26. April, wird das Training folgend festgesetzt: Für Damen Montag und Donnerstag, für Jugend Dienstag und Freitag, für Herren Mittwoch und Samstag, jeweils ab 6 Uhr auf dem Sportplatz an der Grünwalderstraße. Jeden Dienstag abends 8 Uhr Zusammenkunft im Café Goetheburg, Goethestraße 51. Die Sportleitung.

Nationaljüdischer Jugendausschuß. Dienstag den 25. April abends 7 Uhr: Hebräisch, 8.30 Uhr Palästinakunde. Donnerstag, den 29. April abends 7 Uhr: Hebräisch, 8.30 Uhr Geschichtskurs. Sämtliche Veranstaltungen im K.J.V., Bayerstr. 67/69.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß“. München. 2. Zug: Heimabende Samstag 4 Uhr für Jüngere, 5.15 Uhr für Ältere. Sonntag Treffp. 8.30 Uhr. Freimann. Bibliothekstunde Mittwoch 5.30—6.30 Uhr Bayerstr. 67/69; 1. Gruppe: Treffp. 8 Uhr Ostfriedhof (Bil. n. Grünwald). Starnberg. 2.—.

Haschachar München. Sonntag, den 25. April: Wanderung. Treffpunkt 7.30 Uhr Starnbergerbahnhof. Dienstag, 27. April beide Kurse 8 Uhr. Ohmstraße 20/o l.

Spendenausweis

Münchener Spendenausweis.

Nationalfonds. Familie A. Peisach anläßl. ihrer Rückkehr nach Palästina 25.—; Justus Hommel 20.—; Ungenannt f. vergessene Jahrzeit 25.—; Sally Judelowitz verabschiedet sich von seinen Münchner Bbr. 5.—.

Gold. Buch Raphael Hirsch Grünbaum: Paul u. Fanny Grünbaum sagen z. Verlob. Gellermann-Simon herzl. Massel tof 5.—.

Gold. Buch Haschachar München: Fam. Hohenberger u. Willy Feuer u. Frau grat. z. Vermählung Herbst-Brückner 10.—.

Gold. Buch Siegfried Weill s. A.: Hartwig Lewin u. Frau grat. Jula Motulsky und Braut zur Verlob. 5.—; Julian Casper desgl. 5.—.

Gold. Buch Fritz Benjamin s. A. Elberfeld: Helen Rieser grat. Jula Motulsky z. Verlob. 5.—.

Arthur Pelz s. A. Garten: Jula Motulsky a. d. Namen s. Braut Hanna Hirsch zum 3. April 1 B. 10.—.

K. J. V. er Hain: Pour la Kermessse du treize avril 1 B. 10.—.

Dora u. Michl Mahler Garten: Dora Landmann sagt herzl. Masel tof Schwester und Schwager zur Geburt ihrer Tochter 1 B. 10.—.

Erich Wolffenstein s. A. Garten: Gesamtausschuß grat. Herrn Aß zum ersten Enkelkind 1 B. 10.—.

Friedel Mysliborski s. A. Garten: Familie Wilschinski grat. herzl. Eva u. Gustav Nathan z. Geb. ihr. Sohnes 1 B. 10.—.

Gesamtausschuß der Ostjuden: Fam. Robert Minikes grat. Klara Gellermann z. Verlob. 5.—; Fam. Kluger grat. herzl.: Albert Adler anl. d. Brithmilah, a. gl. Anlaß Fam. Löwy, Tennenbaum, Fam. Max Bogopolsky z. ihrer Tochter, Fam. Gellermann z. Verlob. ihrer Tocht., Fam. Mehler anl. Barmizwah 20.—; Fam. Holzmann grat. herzl. Herrn u. Frau Löwy z. Geb. ihres Sohnes, Fam. N. Sturm z. Geburt d. Tochter u. Frl. Zweigel z. Verlob. je 3.— = 9.—; Herm. Spielmann 10.—; Schiedsgerichtsausgleich Alster-Lipsker 200.—; Fam. D. Horn grat. z. Verlob. Gellermann-Simon 3.—; Oskar Wainschel 25.—; S. Gostinsky grat. z. Verlob. Gellermann-Simon 5.—; Bernhard Koch anläßl. d. Begräbnisses v. Herrn Emil Welisch 10.—; aus gl. Anlaß für Talmud-Thora 10.—. Für den Frauenverein: Elsa Gruber anl. d. Jahrzeit ihrer lb. sel. Mutter 5.—.

Geschäfts-Echo

Börsenbericht vom 12.—17. April. Eine ereignisreiche Woche liegt hinter uns. Wie es schon die Kursveränderungen in der vorangegangenen Woche erkennen ließen, daß das Vertrauen zu einem weiteren Anhalten der Hausse-Tendenz eine Erschütterung erlitten hatte, so lieferte die verflossene Berichtperiode einen noch eklatanteren Beweis. Das Kapital ist — man denke nur an die unseligen Erzbergerschen Maßnahmen — seit der Revolution schon häufiger in Angst und Schrecken versetzt worden, aber die so rücksichtslose und unverständliche Maßnahme, wie sie die regierungsseitige Beschlagnahme-Verordnung der ausländischen Wertpapiere darstellt, übersteigt doch das auf diesem Gebiete bisher Dagewesene. Daß gewisse ausländische Wertpapiere zwecks Erfüllung des Friedensvertrages beschlagnahmt werden würden, konnte die Börse nicht überraschen, aber die Modalitäten, unter denen die Ablieferung angeblich erfolgen soll, waren nur allzu sehr geeignet, die Besitzer von ausländischen Papieren geradezu ins Gesicht zu schlagen. Die Regierung will die Wertpapiere zum Kurse von 10. Januar 1920, dem Tage der Ratifikation des Friedensvertrages, enteignen. Es handelt sich hierbei also um eine vollkommen willkürlich festgesetzte Entschädigung, die jedem Rechtsgefühl und allen wirtschaftlich-kaufmännischen Prinzipien widerspricht. Die schweren Kurs-Stürze, die namentlich im ersten Teil der Woche auf fast allen Marktgebieten eintraten, haben zur Folge gehabt, daß für schwache Hände Zwangsexekutionen vorgenommen werden mußten, die das Angebot noch vermehrten. Von größeren Insolvenzen ist indessen der Markt erfreulicherweise verschont geblieben und es hat den Anschein, als ob das Ungewitter vorüber ist. Infolgedessen konnten sich gegen Ende der Woche durchweg Erholungen durchsetzen, namentlich in den vorher stark geworfenen Auslandspapieren. Der in der Aufwärtsbewegung der Mark-Valuta eingetretene Stillstand mag hierbei gleichfalls etwas mitgewirkt haben. Lebhaftes Interesse gab sich gegen Ende der Woche wieder für einzelne Petroleumwerte, besonders für Deutsche Petroleum kund, auch waren Kolonialpapiere stärker beachtet. Von ihrem Tiefstande konnten sich auch Deutsch-Übersee, Schantung und Canada etwas erholen. Von Renten zeigten sich Rumänien befestigt, während Mexikaner unter Zwangsverkäufen für eine schwachgewordene Hausse-Position litten. Am Montanmarkt bestand Interesse für Deutsch-Luxemburger, im Zusammenhang mit Abschlußerwartungen. Schiffahrtswerte waren meist niedriger auf die ablehnende Haltung der Entente in der Frage der Ablieferung des Restes der Handelsflotte.

Mitgeteilt vom Bankgeschäft Leo Otto Hampp, München, Kaufingerstraße 11/I.

Verantwortlich für die Redaktion: Karl Glaser, Nürnberg; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.